



Bundesagentur für Arbeit, 90327 Nürnberg

Vorstand Grundsicherung

An die
Vorsitzenden der Geschäftsführung der
Agenturen für Arbeit

über die
Vorsitzenden der Geschäftsführung der
Regionaldirektionen

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:
Mein Zeichen: POE 5 - 2022
(Bei jeder Antwort bitte angeben)

Name: Frau Schuhmann
Durchwahl: 0911 179 5895
Telefax: 0911 179 2876
E-Mail: Zentrale.POE5@arbeitsagentur.de
Datum: 5. März 2013

Unterschriftenaktion der Arbeitsgruppe der Personalratsvorsitzenden der Jobcenter gegen Befristungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

beiliegend übersende ich Ihnen einen Aufruf der Arbeitsgruppe der Vorsitzenden der Personalräte der gemeinsamen Einrichtungen zu einer Unterschriftenaktion gegen befristete Beschäftigungsverhältnisse in den Jobcentern. Da weder Inhalt des Anliegens noch die Form der Unterschriftenaktion dem gesetzlichen Aufgabenkatalog dieser Arbeitsgruppe bzw. der Personalräte der Jobcenter zuzuordnen und u.a. auch als Verletzung der Friedenpflicht (§ 66 Abs. 2 BPersVG) zu werten ist, wurde das BMAS als zuständiger Ansprechpartner für die Arbeitsgruppe eingeschaltet.

Das BMAS teilt im beigefügten Schreiben vom 15.02.2013 die rechtliche Bewertung der BA, dass die beabsichtigte Unterschriftenaktion dem gesetzlichen Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Personalvertretung und Dienststellenleitung widerspricht.

Ich bitte Sie daher, als Mitglied oder Vorsitzende/r der Trägerversammlung auf die Geschäftsführer/innen der Jobcenter hinzuwirken, dass die geplante Unterschriftenaktion durch die Personalräte der einzelnen Jobcenter nicht umgesetzt wird. Sofern sich die Personalvertretungen nicht daran halten, liegt ein Verstoß gegen die vertrauensvolle Zusammenarbeit vor.

Mit freundlichen Grüßen

Heinrich Alt

Anlagen

Dienstgebäude
Regensburger Straße 104
90478 Nürnberg

Telefon
+49(0)911 179-0
allgemeine Telefaxstelle
+49(0)911 179-2123
Internet
www.arbeitsagentur.de

Bankverbindung
BA-Service-Haus
BBk Filiale Nürnberg
BLZ 760 000 00
Kto.Nr. 760 016 00
BIC: MARKDEF1760
IBAN:
DE24760000000076001600

Politik greift endlich Initiative der Gewerkschaften und Jobcenterpersonalräte gegen Befristungen auf!

Die Arbeits- und Sozialminister der Länder haben im November 2012 die Bundesregierung aufgefordert, das Teilzeit- und Befristungsgesetz zu ändern. Damit sollen befristete Beschäftigungen ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes nicht mehr möglich sein.

In den Jobcentern ist eine kompetente und gute Aufgabenerfüllung in der Beratung, Betreuung und Vermittlung der Hilfebedürftigen nur mit engagierten und qualifizierten Beschäftigten möglich. Dazu bedarf es als Grundvoraussetzung der sofortigen Entfristung der Arbeitsverträge in den Jobcentern.

Die Personalräte und Gewerkschaften fordern seit 2007, dass Dauerarbeitsverhältnisse wieder der Normalfall werden.

Bis heute hat sich nichts getan! Der Missbrauch des Teilzeit- und Befristungsgesetz muss sofort beendet werden.

Befristungen im Jobcenter widersprechen dem eigenen sozialpolitischen Auftrag zur dauerhaften Integration in Arbeit und verhindern eine vernünftige Lebens- und Familienplanung der Betroffenen.

Der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit F.-J. Weise ist einerseits der Auffassung, dass befristete Beschäftigungsverhältnisse für die Entwicklung unserer Gesellschaft verheerend sind. Andererseits ist er dafür verantwortlich, dass in den Jobcentern fast nur noch befristete Arbeitsverträge geschlossen werden. Damit widerspricht er seinem eigenen Anspruch. Darüber hinaus werden die Kolleginnen und Kollegen durch das unsägliche Überhangmanagement weiter persönlich und beruflich belastet und gegeneinander ausgespielt. Das Schwarze-Peter-Spiel muss beendet werden.

Die Jobcenterpersonalräte fordern daher

- die sofortige Entfristung aller befristeten Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund in den Jobcentern
- bedarfsgerechte Personalausstattung in den Jobcentern

Die Jobcenterpersonalräte erwarten, dass nun unverzüglich alle politischen Entscheidungen zur Entfristung von befristeten Arbeitskräften getroffen werden, um ein sozialpolitisches Desaster zu verhindern.

Diese Forderungen unterstützen Tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Jobcentern sowie deren Personalräte.

Die Übergabe der Unterschriftenlisten findet im März 2013 im Rahmen der 4. Konferenz der Jobcenterpersonalräte in Berlin statt.

Die Jobcenter sind wir!

Hannover, 04.02.2013

Gemeinsam gegen befristete Beschäftigung in den Jobcentern

Jobcenter _____ Blatt _____

 **DIE JOBCENTER
PERSONALRATE** !

Bundesweit ist die Personalausstattung in den Jobcentern, gemessen an der Vielzahl der Aufgaben, völlig unzureichend.

Für leistungsfähige Jobcenter ist ein stabiler Personalkörper unverzichtbar.

Tausende Kolleginnen und Kollegen in den Jobcentern sind befristet beschäftigt und von Arbeitslosigkeit bedroht, obwohl es sich bei den Aufgaben nach dem SGB II um Daueraufgaben handelt.

Wie wir alle wissen, werden gut eingearbeitete und qualifizierte Kolleginnen und Kollegen nach zwei Jahren in die Arbeitslosigkeit entlassen und dafür neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen befristet eingestellt. Diese sinnlose Fluktuation belastet **uns alle** durch die immer wiederkehrende Einarbeitung.

DIESER IRRSINN MUSS GESTOPPT WERDEN !!!

Wir fordern mit unseren Unterschriften

- die sofortige Entfristung aller sachgrundlos befristeten Arbeitsverhältnisse in den Jobcentern
- ausreichend Personal auf Dauerarbeitsplätzen in den Jobcentern

DIE JOBCENTER SIND WIR!

NR	NAME	VORNAME	UNTERSCHRIFT
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			
11			
12			
13			
14			
15			



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Bundesministerium für Arbeit und Soziales · 11017 Berlin

Bundesagentur für Arbeit
Geschäftsführer POE
Herrn Michael Kühn
Regensburger Straße 104
90478 Nürnberg

Dr. Rose Langer
Ministerialrätin

Leiterin der Unterabteilung
Grundsicherung für Arbeitsuchende

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-2977

FAX +49 30 18 527-5469

E-MAIL rose.langer@bmas.bund.de

llo 7 - 29503-1/14

Berlin, 15. Februar 2013

Sehr geehrter Herr Kühn,

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 7. Februar 2013, in dem Sie über einen Aufruf der Arbeitsgruppe der Vorsitzenden der Personalvertretungen der gemeinsamen Einrichtungen informieren.

Personalratsarbeit soll darauf abzielen, nach innen zu wirken, um konstruktiv Verbesserungen zu erreichen. In diesem Sinne hat sich auch bereits Frau Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen gegenüber dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit mit Schreiben im Juli 2012 geäußert.

Die von der Arbeitsgruppe der Vorsitzenden der Personalräte geäußerte Kritik teile ich nicht. Die Personalausstattung der gemeinsamen Einrichtungen wird nach Auffassung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales im bundesweiten Durchschnitt als angemessen bewertet, auch wenn noch regionale Unterschiede auszugleichen sind. Die gesetzlichen Orientierungswerte stellen eine solide Basis für eine gute Vermittlungsarbeit dar, die auch die notwendige Flexibilität für dezentrale Schwerpunktsetzungen vor Ort ermöglicht. Für den Bereich der Leistungsgewährung wurde im Bund-Länder-Ausschuss am 14. November 2012 ein gemeinsamer Arbeitsprozess mit den Ländern vereinbart, um ein gemeinsames Verständnis einer angemessenen Personalausstattung zu entwickeln. Ebenso konnte der Anteil an befristetem Personal in den gemeinsamen Einrichtungen in den letzten Jahren erheblich reduziert werden. In diesem Zusammenhang verweise ich auf das zwischen Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesagentur für Arbeit abgestimmte Verfahren, mit dem flexibel auf Veränderungen am Arbeitsmarkt reagieren werden und neben der eingearbeiteten Stammbeslegschaft in begrenztem Umfang auch befristete Beschäftigungsmöglichkeiten genutzt werden können. Sofern besondere Problemlagen in gemeinsamen Einrichtungen bestehen sollten, gehe ich davon aus, dass

die Trägerversammlungen im Rahmen des Prozesses der jährlichen Personalhaushaltsaufstellung den zusätzlichen Bedarf begründet anmelden.

Ich stimme Ihnen zu, dass für die Tätigkeit der Arbeitsgruppe der Personalratsvorsitzenden der gemeinsamen Einrichtungen das BPersVG entsprechend anzuwenden ist. Es trifft zu, dass eine Unterschriftenaktion des Personalrats, bei welcher die Beschäftigten ohne Einvernehmen mit dem Dienststellenleiter von einem Mitglied des Personalrats am Arbeitsplatz aufgesucht werden, damit diese durch Unterschrift den Personalrat in einer Angelegenheit in seiner Gegenposition zum Dienststellenleiter unterstützen, dem gesetzlichen Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit widerspricht (vgl. Beschluss des VGH Baden-Württemberg vom 9. August 1992, PL 15 S 130/92). Diese Auslegung kann auch auf die Unterschriftenaktion, die von der Arbeitsgruppe veranlasst wurde, übertragen werden.

Die Arbeitsgruppe hat nach § 44 Absatz 4 SGB II auch die Aufgabe der Erörterung und Abstimmung gemeinsamer personalvertretungsrechtlich relevanter Angelegenheiten der Personalvertretungen der gemeinsamen Einrichtungen. Sie kann Stellungnahmen zu Maßnahmen der Träger, die Einfluss auf die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigter haben können, an die Träger abgeben. Auf Grund dieser Regelung kann die Arbeitsgruppe mit der Auffassung an die Träger herantreten, dass aus Sicht der Personalvertretungen eine ungerechtfertigt hohe Befristungsquote in den gemeinsamen Einrichtungen anzutreffen sei.

Wichtig ist mir im Interesse einer guten Zusammenarbeit und konstruktiven Einbindung der Arbeitsgruppe, die bestehende Gesprächskultur weiter zu entwickeln und auszubauen. Ich werde Ihr Schreiben zum Anlass nehmen, die auf der Arbeitsebene vorhandenen Kontakte zum geschäftsführenden Vorstand der Arbeitsgruppe zu nutzen, um noch einmal auf die rechtlichen Grenzen des Handelns der Arbeitsgruppe hinzuweisen. Ich bin zuversichtlich, dass nach einer anfänglichen Orientierungsphase, in der sicherlich auch Grenzen ausgetestet werden, eine konstruktive und enge Zusammenarbeit mit dem vom Gesetzgeber für die Gesamtvertretung der Personalräte in den gemeinsamen Einrichtungen geschaffenen Gremium gefunden wird.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Rose Langer